

**Kleine Anfrage zur schriftlichen Beantwortung
gemäß § 46 Abs. 1 GO LT**

Abgeordnete Dr. Marco Genthe und Dr. Stefan Birkner (FDP)

Gefahr für die Vollzugsbeamten?

Anfrage der Abgeordneten Dr. Marco Genthe und Dr. Stefan Birkner (FDP) an die Landesregierung, eingegangen am 20.04.2020

Verschiedene Medien berichteten in den vergangenen Tagen, dass Polizeibeamte bei Einsätzen gezielt angehustet wurden, um sie mit dem Coronavirus anzustecken (u. a. <https://www.berlin.de/aktuelles/berlin/6125724-958092-einzeln-widerstand-polizisten-werden-a.html>).

Ein Vertreter der Landesregierung bestätigte bereits am 2. April 2020 im Sozialausschuss, dass die Polizei nun Daten über Personen erhalte, die in Quarantäne seien. Dies geschehe, damit sich die Beamten im Falle eines Einsatzes bei diesen Personen selbst schützen könnten.

Die Arbeit der Landesregierung an der Bewältigung der Corona-Krise soll durch diese Anfrage nicht behindert oder erschwert werden. Soweit die Beantwortung der Fragen vor diesem Hintergrund nicht innerhalb der üblichen Frist erfolgen kann, erwarten die fragenden Abgeordneten eine entsprechende Rückmeldung durch die Landesregierung.

1. Vor dem Hintergrund, dass Medien berichten, dass Polizeibeamte gezielt angehustet werden, um sie mit COVID-19 anzustecken: Wie schützt die Landesregierung die Beamten (Polizei, Justizvollzug, Gerichtswachtmeister) vor derartigen Angriffen?
2. Gab es in Niedersachsen derartige Angriffe? Wenn ja, wo und wie viele?
3. Werden diese Angriffe strafrechtlich verfolgt? Wenn ja, welchen Tatbestand erfüllen derartige Angriffe?
4. Welche vor dem Virus schützende Ausrüstung steht den Polizeibeamten, Justizvollzugsbeamten und Gerichtswachtmeistern in Niedersachsen seit wann zur Verfügung?
5. Wie viele Polizeibeamte, Justizvollzugsbeamte, Gerichtswachtmeister haben sich in Niedersachsen bis dato mit dem Virus angesteckt?
6. Werden Polizeibeamte, Justizvollzugsbeamte, Gerichtswachtmeister regelmäßig getestet? Wenn nein, warum nicht?
7. Welche Maßnahmen zum Gesundheitsschutz werden ergriffen, nachdem ein Polizeibeamter, Justizvollzugsbeamter oder Gerichtswachtmeister einer Situation ausgesetzt war, die zu einer vorsätzlichen Ansteckung mit dem Virus geführt haben könnte?

(Verteilt am 28.04.2020)